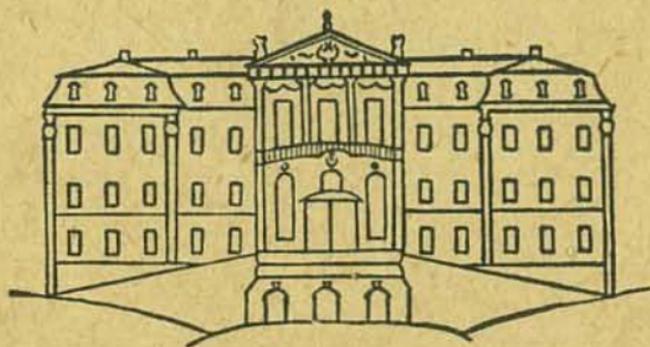


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Wir gestalten das neue Deutschland

Zum 20. Jahrestag der Befreiung
des deutschen Volkes vom Faschismus



130

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Wir gestalten das neue Deutschland

Zum 20. Jahrestag der Befreiung
des deutschen Volkes vom Faschismus

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Zusammen mit allen anderen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse vereinten demokratischen Kräften bereiten wir christlichen Demokraten uns auf den 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vor.

An diesem historischen Gedenktag können wir im Blick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte der Entwicklung in Deutschland feststellen:

Nach dem 8. Mai 1945 sind in Deutschland zwei Wege begangen worden. Die Bilanz dieser beiden Wege zeigt, daß die große Chance, die dem ganzen deutschen Volk durch den Sieg der Sowjetunion und der anderen Staaten der Antihitlerkoalition gegeben worden war, nur in einem Teil Deutschlands, in der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, genutzt worden ist. Was die Völker von Deutschland erwarteten, nämlich die völlige Ausrottung des Nazismus, des Militarismus und der Monopole, ist hier vollzogen worden. Mit der Deutschen Demokratischen Republik wurde der erste deutsche Friedensstaat errichtet. Ihre Gründung erfolgte als Antwort auf den nationalen Verrat der in Westdeutschland mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte wieder zur Macht gelangten alten Verderber Deutschlands, der Imperialisten und Militaristen, die eine demokratische Entwicklung in ganz Deutschland durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates verhinderten. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges mit Gewalt zu revidieren. Auf den verschiedensten Wegen – über MLF oder ANF – versucht die Bonner Regierung, die Bundeswehr atomar aufzurüsten und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen. Der Wahnsinnsplan, entlang der östlichen Grenze Westdeutschlands einen Atomminengürtel anzulegen, beweist zur Genüge, in welchem Maße die aggressive Revanchepolitik der CDU/CSU-Regierung immer offener zum Kriege treibt und selbst die Gefahr einer Weltkatastrophe einkalkuliert.

Diese Entwicklung erhöht die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik als des festen Friedensbollwerks in Deutschland für die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Ihre Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts findet deshalb auch immer größere Zustimmung unter allen Völkern.

Die Ereignisse der letzten Wochen – vor allem der Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, in der Vereinigten Arabischen Republik, aber auch die Leipziger Jubi-

läumsmesse — haben diese Tatsache in überzeugender Weise veranschaulicht.

So bestätigt die Praxis des Lebens immer wieder aufs neue, wie richtig der Weg war und ist, den wir in der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse nach dem 8. Mai 1945 eingeschlagen haben und den wir gemeinsam in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auch in Zukunft konsequent fortsetzen werden. Das gibt uns die Gewähr, daß wir die Mission erfüllen, die die Geschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik anvertraut hat: dafür zu sorgen, daß niemals wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann.

1.

Wenn wir uns heute des 8. Mai 1945 erinnern, dann muß unser erstes Wort ein Wort des Dankes an die Sowjetunion und die anderen Mächte der Antihitlerkoalition sein, die den deutschen Faschismus zerschlagen und damit den zweiten Weltkrieg in Europa beendet haben. Ein Wort des Dankes auch an die deutschen Antifaschisten und an die Millionen von antifaschistischen Kämpfern in aller Welt, die sich in die breite Widerstandsfront gegen die faschistische Barbarei einreiheten und durch ihre praktische und moralische Unterstützung zum Sieg der Antihitlerkoalition beitrugen.

Wir wissen, daß die Sowjetunion die Hauptlast dieses Kampfes getragen hat: nicht nur weil die faschistischen Armeen tief in die Sowjetunion eindringen und Tod und Vernichtung in das blühende Land trugen, sondern auch weil unsere sowjetischen Freunde am konsequentesten gegen den Faschismus kämpften. Wir gedenken deshalb ehrend der zahllosen Helden der Roten Armee, die in diesem Kampf ihr Leben gelassen haben. Sie kämpften nicht nur um die Befreiung ihrer Heimat, sie setzten sich auch für die Befreiung unseres Landes und der von den Hitlerfaschisten unterdrückten Völker ein.

Mit historischer Gesetzmäßigkeit endete der zweite Weltkrieg mit der totalen Niederlage und der völligen Zerschlagung des deutschen Faschismus. Es war nicht nur der ungerechteste, gegen die Interessen aller Völker gerichtete Krieg, den Hitler begonnen hatte, es war auch das verbrecherischste und volksfeindlichste Herrschaftssystem, das je in Deutschland zur Herrschaft gelangt war.

Seit ihrem Bestehen hatte die Sowjetunion wiederholt Abüstungsvorschläge und Vorschläge für ein System der kollek-

tiven Sicherheit unterbreitet. Als 1941 Hitlers Truppen in verbrecherischer Weise das Land des Sozialismus überfielen, führte die Sowjetunion ihren Verteidigungskrieg gegen die Aggressoren als einen Krieg der Verteidigung von Frieden und Menschlichkeit. Darin bewährte sich ihr sozialistischer Humanismus.

Unsere Dankbarkeit der Sowjetunion gegenüber bezieht sich aber nicht nur auf unsere Befreiung von der faschistischen Gewaltherrschaft, die unserem Volk die notwendig gewordene entscheidende Wende in der deutschen Geschichte ermöglichte. Sie bezieht sich auch auf jene großzügige Hilfe, die das Mutterland des Sozialismus nach 1945 bei der Beseitigung der Trümmer und dann in der Folgezeit dem jungen sozialistischen deutschen Staat immer wieder zuteil werden ließ. Diese Hilfe trug entscheidend dazu bei, daß wir die mit dem 8. Mai 1945 eröffneten Möglichkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik auch verwirklichen konnten. Sie erhielt ihre Krönung durch den Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen unseren Staaten im Sommer vorigen Jahres. Dieses Abkommen hilft zu verhindern, daß der vor zwanzig Jahren in Europa ausgetragene Kriegsbrand wieder entfacht wird. Es trägt dazu bei, den Frieden in Europa zu stabilisieren.

Wenn die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion zu einem bestimmenden Faktor unseres politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens geworden ist, dann liegt das vor allem in der Konsequenz jener Befreiungstat von vor zwanzig Jahren. Der Tag der bedingungslosen Kapitulation, zu der der deutsche Faschismus durch die Rote Armee und die Truppen der anderen Mächte der Antihitlerkoalition gezwungen wurde, ist gleichzeitig der Tag des Sieges des „anderen Deutschland“, das in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat seine feste Heimstatt gefunden hat. Vor zehn Jahren, am 8. Mai 1955, gab Otto Nuschke der Überzeugung Hunderttausender christlicher Bürger Ausdruck, wenn er feststellte:

„Die Deutsche Demokratische Republik, die auf dem Territorium der vormaligen sowjetischen Besatzungszone erwachsen ist, stellt einen Staat dar, der bewußt und klar mit dem deutschen Militarismus gebrochen hat. Dieser Staat stellt ein anderes Deutschland dar, ein von Grund auf anderes als jenes, das zu dem räuberischen Überfall auf die Sowjetunion und die Völker Europas auszog, aber auch ein anderes Deutschland als das, welches auf Befehl der berühmigten Londoner ‚Empfehlungen‘ von 1948 als Rumpfstaat in Westdeutschland errichtet wurde mit dem ausgesprochenen Ziele, es zum Aufmarschgebiet gegen den gesamten Osten zu entwickeln . . .

Die grundlegenden Reformen, wie die Bodenreform, die Entmachtung der Konzernherren und Kriegsverdiener, der Auf-

bau einer volkseigenen Industrie und der sozialistischen Ordnung in der Landwirtschaft, die Entwicklung des Erziehungswesens durch die Schulreform und die kulturellen Fortschritte haben dem Gebiete der heutigen Deutschen Demokratischen Republik ein demokratisches, fortschrittliches und humanistisches Gepräge gegeben. Wir alle wissen, daß ohne die großzügige Hilfe der Sowjetunion diese Fortschritte in zehn Jahren nicht hätten erreicht werden können.“

2.

Die Mächte der Antihitlerkoalition konnten sich 1945 mit der militärischen Zerschlagung des Faschismus nicht zufriedengeben. Der Druck ihrer Völker zwang die Regierungen der USA und Englands, gemeinsam mit der Sowjetunion Maßnahmen dafür zu treffen, daß der Nazismus und Militarismus bis in die Wurzeln in Deutschland ausgerottet würden, damit eine Wiederholung des grausamen Geschehens in Zukunft unmöglich und der Aufbau eines demokratischen Deutschland möglich sei. Diesem Zwecke diente das Potsdamer Abkommen. Es wurde am 2. August 1945 von den führenden Staatsmännern der UdSSR, der USA und Englands unterzeichnet. In ihm wurden festgelegt:

1. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung;
2. die „endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“;
3. die strenge Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Dabei sollte Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit behandelt werden.

Das Potsdamer Abkommen entsprach damit nicht nur dem Willen der Völker der Antihitlerkoalition, es stimmte auch völlig mit den Vorstellungen der deutschen Antifaschisten, die für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts gekämpft hatten, überein. In diesem Sinne war es gleichzeitig die völkerrechtliche Fixierung der Zerschlagung des deutschen Faschismus und Militarismus.

Die Tatsache, daß die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nur in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone konsequent verwirklicht wurden, begründet einmal mehr die völkerrechtliche Rechtmäßigkeit der Deutschen Demokratischen Republik. Bereits am 10. Jahrestag der Befreiung konnte Otto Nuschke im Blick auf das Potsdamer Abkommen feststellen:

„Wir sind dem Friedensprogramm, das in den diplomatischen Abmachungen und völkerrechtlichen Dokumenten von 1945 festgelegt ist, wir sind dem Potsdamer Abkommen treu geblieben, wir haben es in unserem Territorium verwirklicht. Wir sind aber auch der Friedenssehnsucht treu geblieben, die 1945 unser ganzes Volk erfaßte und das persönliche Bekenntnis jedes einzelnen beinhaltet. Diese Friedenssehnsucht und unser Friedensprogramm sind gewaltige Kräfte, mit denen die Kriegstreiber rechnen müssen.“

3.

So wurden von uns die Lehren der Geschichte beherzigt, fand der heldenhafte und opferreiche Kampf der deutschen Antifaschisten, denen unser unauslöschlicher Dank gilt, seine Krönung in der Errichtung des neuen Deutschlands auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone und dann in der Deutschen Demokratischen Republik. Das wurde dadurch möglich, daß die Kommunistische Partei Deutschlands allen Antifaschisten die Hand zum Bündnis bot und so die breite Zusammenarbeit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Aufbau schuf.

Von ihren Konferenzen in Brüssel (im Oktober 1935) und in Bern (im Januar /Februar 1939) hatte sich die KPD bereits an alle Gegner des Faschismus mit dem Aufruf gewandt, sich zusammenzufinden zu gemeinsamen Aktionen zum Sturz der faschistischen Diktatur und zur Verhinderung des vom deutschen Faschismus vorbereiteten neuen Weltkrieges. Diese Appelle fordern eine deutsche Volksfront. Sie wenden sich ausdrücklich auch an die christlichen Antifaschisten. In ihnen wird gleichzeitig das Bild einer zukünftigen deutschen Republik zur Diskussion gestellt, in der den Kräften des Monopolkapitals, die Hitler zur Macht verholfen haben, der Einfluß genommen ist, während das Volk wirklich die Macht ausübt. Über die Kirche in einem zukünftigen Deutschland heißt es in der Resolution der Berner Konferenz der KPD:

„Ebenso, wie heute katholische und marxistische Arbeiter gemeinsam gegen denselben Feind kämpfen und einander beistehen, wird der Kirche, die auf seiten des Volkes steht, die nicht, wie in Francospanien, an der Seite der schwärzesten Reaktion einen erbarmungslosen Krieg gegen das eigene Volk führt, die nicht, wie im alten Rußland, auf Gedeih und Verderb mit dem Zarismus verbunden war, von einem Volksfrontdeutschland nicht nur keine Gefahr drohen, sondern sie wird von der Gefahr der Vernichtung durch den Faschismus gerettet sein. Die neue demokratische Republik wird die Gewissens-

und Glaubensfreiheit und den Schutz des Eigentums der Kirche garantieren.“

Der Kampf gegen die faschistische Barbarei führte zahlreiche Christen, unter ihnen Pfarrer und andere kirchliche Amtsträger, zur Zusammenarbeit mit Männern und Frauen aus der Arbeiterbewegung, wenn dies allerdings auch erst später in den Konzentrationslagern, in den Zuchthäusern und in den Widerstandsgruppen geschah.

Während des zweiten Weltkrieges fand die deutsche Volksfront ihre sichtbarste und politisch wirksamste Gestalt in der Arbeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, das 1943 in der Sowjetunion von deutschen Antifaschisten und kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren gegründet wurde. In einem „Manifest an die Wehrmacht und an das deutsche Volk“ wurde festgestellt:

„Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen liegt.“

Die Gründung des Nationalkomitees fand lebhaften Widerhall bei den Deutschen in aller Welt. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler sandten Zustimmungserklärungen. In der Sowjetunion selbst sammelten sich Kriegsgefangene aller Schichten und Bekenntnisse um diese Bewegung. Auch zahlreiche Theologen und Geistliche traten dem Nationalkomitee bei und setzten ihre ganze Kraft zur Aufklärung ihrer Kameraden und für die schnelle Beendigung des Krieges und damit die Rettung der deutschen Nation ein.

Bald bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Fragen beim Nationalkomitee. Sie hielt im Sommer 1944 eine Tagung ab, auf der Präsident Erich Weinert das Referat hielt. Pfarrer Schröder sagte in seinem Schlußwort auf dieser Tagung:

„Unser Ruf an die Christen in Deutschland wird nicht unerhört verhallen. Seine Frucht wird ein weiterer großer Schritt sein auf dem Weg zur Befreiung unseres von Hitler geknechteten Volkes und zum Frieden auf Erden. Wir erwarten segensreiche Wirkungen für unsere Heimatkirchen.“

Zu den aktivsten Männern des Nationalkomitees gehörte unser verehrter Freund Luitpold Steidle. Als Bevollmächtigter des Nationalkomitees an der 1. Ukrainischen Front war er bis zum Ende des Krieges unermüdlich tätig, Soldaten und Offiziere der Hitlerwehrmacht über den verbrecherischen Charakter des faschistischen Systems aufzuklären und zum Widerstand gegen Hitler aufzurufen. Auf einer Tagung über

die Geschichte des Nationalkomitees, die im Jahre 1959 in Berlin abgehalten wurde, berichtete er, wie Walter Ulbricht, Erich Weinert und Willi Bredel

„uns in den Schneewüsten um Stalingrad zur Besinnung riefen, uns warnten und die Vernunft zu wecken versuchten. Diese Aufklärungsarbeit in und nach Stalingrad an der Front und in den Lagern konnte nicht ohne Wirkung bleiben.“

Man hat mit Recht gesagt, daß das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ seinem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition verkörperte. Die in ihm erprobte Gemeinsamkeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte ist in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nicht nur fortgesetzt, sondern weiter vertieft und gefestigt worden.

Nachdem am 10. Juni 1945 der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland die Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien erlaubt hatte, veröffentlichte das Zentralkomitee der KPD schon am Tage danach sein „Aktionsprogramm zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland“. Es rief „alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes“ zum „Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes“ auf und nannte als unmittelbarste und dringendste Aufgabe, eine demokratische Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk zu schaffen. In diesem Aktionsprogramm heißt es weiter:

„Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistisch-demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien dienen kann.“

Das war in der Tat ein völliger Neubeginn deutscher Politik, der in jeder Weise den Zielen und Hoffnungen der friedliebenden Kräfte unseres ganzen Volkes entsprach, der konsequent aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit wie aus dem antifaschistischen Widerstandskampf — insbesondere aus der bewährten Zusammenarbeit im Nationalkomitee — erwuchs und der zugleich den alten, zum festen Bestandteil der marxistisch-leninistischen Theorie gewordenen Kampferfahrungen und Kampfzielen der Arbeiterbewegung entsprach: sollten endlich Frieden und Demokratie in Deutschland siegen, so mußten sich alle friedliebenden und demokratischen Kräfte unseres Volkes einen.

So wurde in diesem Aufruf deutlich, wie die KPD ihre Beschlüsse von Brüssel und Bern auf die neue Lage anwandte, wie sie die Prinzipien des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ beachtete, wie konsequent sie das Ziel verfolgte, unsere Nation endgültig aus Krieg und Not herauszuführen. Die Blockpolitik entsprach der nationalen Aufgabe, die der deutschen Arbeiterklasse von der Geschichte gestellt war: das Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und allen anderen werktätigen Schichten ohne Unterschied des Glaubens und der Weltanschauung zu schmieden und vereint mit allen fortschrittlichen Kräften ein neues Deutschland zu erbauen, das als Werk aller aufrechten Deutschen auch ihrer aller wahre Heimat ist.

Auf der Grundlage des Manifestes vom Juni 1945 erwuchs dann die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD in Ostdeutschland und der Zusammenschluß der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Damit wurde die Einheit der Arbeiterklasse vollzogen und der Grundstein für alle unsere Erfolge gelegt. Unter der Führung der SED gingen alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte an die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung.

In seinen Untersuchungen über den faschistischen deutschen Imperialismus sagt Walter Ulbricht: „Die Machtergreifung des Faschismus hätte verhindert werden können.“ Wenn dies nicht geschah, dann deshalb, weil die deutsche Arbeiterklasse infolge der reformistischen Politik der Sozialdemokratie gespalten war. Zur Sicherung der Befreiung vom Faschismus gehörte deshalb notwendigerweise die Überwindung dieser Spaltung. Die Vereinigung von KPD und SPD am 21. April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschland ist deshalb ein historisches Ereignis, das nicht nur für die Arbeiterklasse selbst, sondern im Grunde für die gesamte Nation von kaum zu unterschätzender Bedeutung ist.

Erst die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse machte es möglich, daß die Arbeiterpartei ihrerseits eine konsequente Politik der Zusammenarbeit mit den humanistisch orientierten bürgerlichen Parteien betreiben konnte, für die die Erfahrungen im gemeinsamen antifaschistischen Kampf bestimmend wurden. Nur eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse konnte ihrerseits den anderen Parteien helfen, die reaktionären Elemente in ihren eigenen Reihen zu überwinden und einen ebenso wirksamen wie eigenständigen Beitrag in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu leisten.

Wenn heute die DDR ein sozialistisches Mehrparteiensystem zu ihren größten Errungenschaften zählt, wenn sie stolz auf

die politisch-moralische Einheit ihrer Bevölkerung, auf die kameradschaftliche Zusammenarbeit von Marxisten und Christen blickt, dann tut sie dies in dem Bewußtsein, daß die Einigung der Arbeiterklasse die Voraussetzung dafür schuf. Als christlichen Demokraten ist es uns ein Bedürfnis, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, besonders ihrem Zentralkomitee und seinem Ersten Sekretär, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, von Herzen dafür zu danken, daß sie die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte förderte und fördert.

Von Anfang an ist die Blockpolitik mit der Ausrottung des nazistischen Ungeistes, mit der Beseitigung der imperialistischen Grundlagen des Faschismus zu einem Kampfbündnis des Volkes für seine demokratische und friedliche Zukunft geworden. Sie wurde zur Grundlage für die Deutsche Demokratische Republik und zur sicheren Bürgschaft ihres steten Wachstums, ihrer fortschreitenden Festigung. Im Verlauf des gemeinsamen demokratischen und sozialistischen Aufbaus hat sich die Arbeit der einzelnen Blockparteien in der Nationalen Front immer erfolgreicher und profilierter entwickelt, ist ihre Zusammenarbeit immer fruchtbarer geworden.

So hat sich das Mehrparteiensystem in unserer Republik in allen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung voll bewährt und bildet die stabile Grundlage unserer sozialistischen Staatsmacht. Die Bildung des Staatsrates unserer Republik am 4. Oktober 1960 stellt die Krönung dieser unzerstörbaren Gemeinsamkeit und zugleich eine neue Stufe ihrer Bewährung dar.

Unser Miteinander war und ist die Quelle unserer Kraft, die unsere Republik zum Hort des Friedens in Deutschland, zur Zukunft unserer Nation macht, und bleibt sie auch in Zukunft. „Diese gute Zusammenarbeit“, erklärte Walter Ulbricht auf der wissenschaftlichen Session anläßlich des 100. Gründungstages der I. Internationale, „ist nicht nur in der Periode bis zum Sieg des Sozialismus notwendig, sondern auch in der folgenden Periode des Übergangs zum Kommunismus“.

Diese Einheit aller demokratischen und humanistischen Kräfte ist zugleich das Unterpfand für Verständigung und Frieden in ganz Deutschland. Auch für den Kampf der Werktätigen in Westdeutschland gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Freiheit des Volkes sind die Erfolge unserer Blockpolitik von großer Bedeutung. In der Gemeinsamkeit aller fortschrittlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei sind die Voraussetzungen für die Überwindung des Imperialismus und Revanchismus einbeschlossen.

Wenn wir christlichen Demokraten die Stärkung dieser Gemeinsamkeit, die Festigung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung als entscheidende Aufgabe bei aller unserer Arbeit ansehen, dann beweisen wir damit zugleich unsere Treue gegenüber den Prinzipien unseres Gründungsauftrages vom 26. Juni 1945, in dem es heißt:

„Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen ... Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt ... Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.“

Von den Grundsätzen des Antifaschismus und des Antimilitarismus, vom Streben nach einer neuen Demokratie und nach Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, von tiefer Friedensliebe und tatbereiter Humanität war der Inhalt dieses Gründungsauftrages gekennzeichnet. Stets haben die Prinzipien des Gründungsauftrages unsere Arbeit bestimmt, und sie werden immer die Grundlage unseres Handelns sein.

Es hat aber auch nicht an Versuchen der Reaktion innerhalb und außerhalb unserer Partei gefehlt, uns von diesem Wege wegzuführen. Gestützt auf die unverbrüchliche Zusammengehörigkeit aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, konnten wir in offener Auseinandersetzung diese Versuche zunichte machen und unsere Partei festigen. Unbeirrt haben die fortschrittlichen Kräfte in unserer Partei ihre Arbeit erfolgreich fortgesetzt.

Sie haben im Dezember 1945 *Hermes* und *Schreiber* zum Rücktritt veranlaßt, als diese sich der demokratischen Bodenreform entgegenzustellen versuchten. Sie haben zwei Jahre später, im Dezember 1947, *Kaiser* und *Lemmer* zum Verzicht auf ihre Funktionen in der Parteiführung gezwungen, als diese die Formierung der patriotischen Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden zu hintertreiben versuchten. Sie haben abermals drei Jahre später unsere Partei von all jenen Kräften gereinigt, die die CDU als Plattform für Aktionen gegen unsere Deutsche Demokratische Republik mißbrauchen wollten.

Alle diese Auseinandersetzungen haben unsere Partei vorwärtsgeführt und sie stärker und geschlossener gemacht. Die Mitverantwortung wurde größer, und die Mitarbeit am Aufbau unserer neuen gesellschaftlichen Ordnung gewann an Be-

deutung. Das galt für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung mit ihren demokratischen Umwälzungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Das zeigte sich dann darin, daß die Christlich-Demokratische Union sich zur Mitarbeit am sozialistischen Aufbau bekannte. Nachdem bereits wenige Wochen nach der 2. Parteikonferenz der SED der Hauptvorstand unserer Partei in einer Stellungnahme den Beschluß über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begrüßt hatte, bekräftigte unser 6. Parteitag im Oktober 1952 dieses Bekenntnis zu den Prinzipien des Sozialismus und sicherte die freudige, pflichtbewußte Mitwirkung der christlichen Demokraten an diesem großen Werk vorbehaltlos zu.

Auf den folgenden Parteitagen wurde dieses Bekenntnis zum Sozialismus folgerichtig weiterentwickelt und konkretisiert. Auf unserer Dresdener Mitarbeiterkonferenz haben wir das vom VI. Parteitag der SED beschlossene Programm des Sozialismus zum Gesetz unserer Handelns erklärt. Unser 11. Parteitag war lebendiger Beweis dafür, wie wir christlichen Demokraten alle Anstrengungen unternehmen, in der neuen Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus unsere aktive und schöpferische Mitarbeit weiter zu verstärken.

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR stellt die konsequente Fortsetzung des Prozesses der Befreiung Deutschlands vom Faschismus dar, der am 8. Mai 1945 begann. In den vergangenen Jahren haben wir erfahren:

Der Sozialismus hat uns von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes schuf die Voraussetzung für den umfassenden Aufbau einer Gesellschaftsordnung in der DDR, in der alle friedliebenden Menschen ein Leben ohne Not und Angst vor der Zukunft führen können. Die Arbeiter sind im Bündnis mit den Bauern und den anderen werktätigen Schichten unseres Volkes zu den Herren im Staat geworden. Allen Menschen ist die Möglichkeit zur verantwortlichen Mitgestaltung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens gegeben.

Der Sozialismus hat uns befreit vom Gegeneinander der verschiedenen Bevölkerungs- und Weltanschauungsgruppen in der Klassengesellschaft. Er hat die gesamte Bevölkerung zu einer tiefgreifenden politisch-moralischen Einheit geführt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in unserer Deutschen Demokratischen Republik möglich gemacht.

Die Gründung dieser unserer Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden, des unbezwingbaren Friedensbollwerks in Deutschland, ist zur grundlegenden Wende in der deutschen Geschichte geworden. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Garant dafür, daß die Befreiung des deutschen Volkes, die mit dem 8. Mai 1945 begann, niemals mehr zurückgenommen, unsere Freiheit nicht mehr aufgegeben werden kann.

Heinrich Mann, der bei seinem plötzlichen Tode 1950 in den USA die Fahrkarte in die Deutsche Demokratische Republik, die so ganz nach seinem Herzen war, schon in der Tasche trug, hatte bereits 1939 gesagt: „Die (westlichen) Demokratien haben greifbar vor Augen, daß nur noch soziale Eingriffe und Erneuerungen die Freiheit lebendig erhalten werden.“ Er fügte hinzu, Freiheit sei „gar nicht genüßreich, sondern harte Pflicht von jeher und der unendliche Kampf des Lebens selbst“.

In der Tat, wenn man Freiheit nicht – wie das in der westlichen Propaganda heute weithin geschieht – verfälscht zu bequemer Verantwortungslosigkeit, dann ist rechte Freiheit Freiheit zur Verantwortung. Gerade der Christ, der darum weiß, daß Freiheit nicht Bindungslosigkeit bedeutet, sondern Freiheit zum Dienst, muß dem zustimmen. Mit diesem Maßstab gemessen aber ist der Staat, in dem unter dem Motto: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ jeder Bürger zur Mitverantwortung angerufen wird, der freieste, den es in der deutschen Geschichte je gab.

Das zeigt sich auch noch in einem anderen Punkte. Die schwerste Verantwortung, die im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel auf der gesamten Menschheit und damit natürlich auf jedem einzelnen Staat, auf jedem Menschen liegt, ist die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens. Freiheit ist deshalb heute in erster Linie Freiheit zum Kampf um den Frieden. Vom ersten Tage ihres Bestehens an ist die DDR nicht müde geworden, Vorschlag auf Vorschlag für die Entspannung und Verständigung, zur Stabilisierung des Friedens in Mitteleuropa an die Welt und die westdeutsche Bundesrepublik zu unterbreiten. Diese konsequente Friedenspolitik ist es letzten Endes gewesen, die die DDR zum anerkannten gleichberechtigten Partner der friedliebenden Völker gemacht hat.

Sieben Jahrhunderte hindurch lebte Polen unter einer ständigen Bedrohung durch seinen Nachbarn im Westen. Das sozialistische Deutschland hat zum erstenmal die deutsch-polnische Grenze zu einer Friedensgrenze gemacht.

Auf einer der Prager Christlichen Friedenskonferenzen sagte ein tschechischer Theologe, der lange Zeit im faschistischen Konzentrationslager gequält worden war, er sei dankbar für die Existenz der DDR, da sie der erste deutsche Staat sei, vor dem das tschechoslowakische Volk keine Angst zu haben brauche, der erste deutsche Staat, der seinem Volk die Hand des Friedens und der Freundschaft entgegenstrecke.

Die australische Schriftstellerin Dymphna Cusak weilte kürzlich zusammen mit ihrem Gatten das fünfte Mal in der DDR. Auf die Frage, was sie immer wieder in unser Land führe, antwortete sie: „Wir glauben, daß wir hier das europäische Wunder gefunden haben.“ Die große Wandlung der Menschen und die Erfolge bei der Überwindung der Kriegszerstörungen faszinierten sie ebenso wie die Gastfreundschaft der Jugend, die nur von der Gegenwart und der Zukunft spreche.

Vor zwanzig Jahren sprach Johannes R. Becher immer wieder von der Notwendigkeit des Anderswerdens unseres Volkes. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik sind anders geworden. Wir haben die einmalige historische Chance, die uns mit der Befreiung vom faschistischen Joch geboten wurde, genützt. Wir können stolz darauf sein, daß Frieden und Sozialismus eine feste Heimstatt in unserem Land gefunden haben.

In diesem Anderswerden, in diesen tiefgreifenden Veränderungen um uns und in uns haben wir in einem umfassenden Sinne das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes wahrgenommen. Denn Selbstbestimmungsrecht eines Volkes kann nur ein Bekenntnis zu Frieden und Völkerfreundschaft, zu sozialem Fortschritt und Menschlichkeit sein. In diesem Sinne heißt es im Nationalen Dokument vor drei Jahren:

„Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben also in richtiger Weise und höchst vernünftig von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch gemacht. Und wenn jemand in der Welt fragt: Wo ist die Selbstbestimmung der Bürger der DDR? – so antworten wir: Hier ist sie! Hier sind ihre großen ersten Früchte! Schaut sie euch gut an, diese Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus! Die Ursache des Krieges, die Herrschaft der Konzerne, Banken, Großgrundbesitzer und anderer Militaristen wurde beseitigt. Das friedliebende Volk, das selbst der Besitzer der Produktionsmittel ist, hat seinen Staat aufgebaut und hat gelernt, ihn zu leiten, und bestimmt die Friedenspolitik.“

Wir zweifeln nicht daran: Eines Tages werden auch die Bürger Westdeutschlands von ihrem Recht auf Selbstbestimmung in ähnlicher Weise Gebrauch machen. Dann werden wir auch der Wiedervereinigung des deutschen Volkes nahe sein.“

II.

Wir begehen den 8. Mai in Dankbarkeit und in stolzer Freude über unser Werk. Die Führungsgremien der westdeutschen und Westberliner Parteien dagegen möchten den 8. Mai 1965 am liebsten ganz aus dem Kalender streichen und damit die Erinnerung an die totale Niederlage des Faschismus. Es ist ihnen außerordentlich unangenehm, daß sich im Zusammenhang mit dem Dilemma, in das sich die Bundesregierung durch ihre entspannungs- und verständigungsfeindliche Politik hineinmanövriert hat, und mit der dadurch wachsenden Isolierung des westdeutschen Separatstaates die Stimmen mehren, die eine Politik der Vernunft fordern. Gegen diese Stimmen richtet sich gerade im Blick auf den 8. Mai 1965 ihr besonderer Zorn.

In Westberlin hat es in den vergangenen Wochen eine Auseinandersetzung unter den Parteien über den 20. Jahrestag des 8. Mai 1945 gegeben. Während die CDU des Herrn Amrehn sich kategorisch dagegen aussprach, den „Tag der deutschen Niederlage“ überhaupt in irgendeiner Weise feierlich zu begehen, meinte die SPD, daß man doch – wenn auch in „delikatere Weise“ – dieses Tages gedenken müsse. Das sei vor allem deshalb notwendig, weil man dem „Osten“ am 8. Mai in Berlin nicht allein das Feld überlassen dürfe. Ist diese Argumentation der SPD schon interessant – die Begründung der Westberliner CDU ist entlarvend, denn in ihr identifiziert man sich eindeutig mit den Kräften, die das deutsche Volk in diesem Jahrhundert bereits zweimal in die Katastrophe geführt haben.

1.

Schon wenige Monate nach dem Ende des Krieges kamen in den westlichen Besatzungszonen die Vertreter der Monopole und des alten Staatsapparates, Angehörige der herrschenden Klassen und Beamte, die dem faschistischen Staat bis zuletzt gedient hatten, wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor, in die sie sich aus Angst vor dem Zorn des Volkes zunächst verkrochen hatten. Es gelang ihnen, allmählich wieder Einfluß in der Öffentlichkeit zu gewinnen und schließlich sogar die westlichen Besatzungsmächte zu veranlassen, die vom Potsdamer Abkommen geforderten grundlegenden demokratischen Reformen zu verhindern.

Diejenigen Kräfte unter den westlichen Besatzungsmächten, die – wie die meisten – selbst aus den herrschenden Kreisen

ihres Landes kamen, gingen auf solche Vorstellungen ein, weil die Durchführung dieser Reformen ihr eigenes Gesellschaftssystem und ihre führende Position darin in Frage gestellt hätte. So unterstützten sie in Westdeutschland genau die Kräfte, gegen die sie bis 1945 gekämpft hatten, so daß diese Schritt für Schritt ihre alte Macht wiederherstellten. In dem vom Westen her forcierten kalten Krieg gegen das sozialistische Lager fiel Westdeutschland die Rolle eines wichtigen antikommunistischen Stoßkeiles zu.

Da die grundlegenden gesellschaftlichen Erneuerungen in der sowjetischen Besatzungszone die Vertreter des deutschen und westlichen Imperialismus daran hinderten, ihre Pläne in ganz Deutschland zu verwirklichen, betrieben sie immer zielstrebig die Spaltung unseres Vaterlandes, die mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates im September 1949 perfekt wurde. Das ist die große historische Schuld der westdeutschen Machthaber, Führungskräfte, die zum größten Teil aus den Kreisen stammen, die einst Hitler finanziert und gedient hatten, daß sie zusammen mit den Westmächten diese Spaltungspläne realisierten und damit skrupellos die Interessen der deutschen Nation verrieten. An die Stelle einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Erneuerung, die in der Konsequenz der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus gelegen hätte, trat in Westdeutschland der Restauration des deutschen Imperialismus, die bald das Wiedererstehen des deutschen Militarismus zur Folge hatte.

Der aggressive Charakter des westdeutschen Imperialismus hat inzwischen durch den vollständigen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner starken ökonomischen Rolle des Staates eine gefährliche Erstarkung erfahren. Die Verflechtung von Monopolen und Staat ist in der westdeutschen Republik nicht mehr nur auf bestimmte Teilbereiche beschränkt, sondern hat alle Bereiche und ökonomischen Prozesse erfaßt. Mit Hilfe des militärischen Machtapparates und der Staatsbürokratie übt der zum umfassenden Gesamtsystem gewordene staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland seine Herrschaft aus. Zugleich bildet er die entscheidende Grundlage für die Militarisierung der Wirtschaft, was die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus natürlich weiter erhöht.

2.

Eine solche Entwicklung konnte natürlich nicht ohne die totale Verletzung des Potsdamer Abkommens geschehen, die dann auch in aller Offenheit vollzogen wurde. Das bezieht sich

natürlich auch auf die Forderung nach einer grundsätzlichen Entnazifizierung. Die Entnazifizierung wurde in Westdeutschland nach der bekannten Methode durchgeführt: die Kleinen hängt man auf, und die Großen läßt man laufen. Dort, wo man wirklich einmal zugriff, tat man das nur, weil man die Kritik der Öffentlichkeit fürchtete. Das alles ist kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, daß in Westdeutschland der Staatsapparat, der auswärtige Dienst, die Armee, die Justiz bis in die höchsten Stellen hinein mit ehemaligen Nazis und Blutrictern ver-seucht sind.

Der Beschluß der Bonner Regierung, alle Nazikriegsverbrechen am 8. Mai 1965 verjähren zu lassen, bedeutet die Absicht, die Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Krieg zurückzunehmen. Ein solcher Beschluß kommt in der Tat einer nachträglichen Rechtfertigung der faschistischen Gewaltverbrechen gleich. Er würde einer offenen faschistischen Entwicklung Tür und Tor öffnen und alle Opfer im anti-faschistischen Widerstandskampf verhöhnen.

Durch den Proteststurm aus aller Welt, vor allem aber aus der Deutschen Demokratischen Republik, sah sich der Bundestag gezwungen, über die Verjährungsfrage zu debattieren. Dabei beharrte der Bonner Justizminister Bucher auf dem empörenden Beschluß der Erhard-Regierung, am 8. Mai dieses Jahres die Mörder von Millionen Menschen freizusprechen. Ausdrücklich berief er sich dazu auf Erhard selbst, der es abgelehnt habe, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen, und an dem Beschluß der Regierung festhalte, also damit seine Bereitschaft erklärt, „mit den Mördern zu leben“.

Diese Haltung offenbart, daß die Erhard-Regierung sich auch weiterhin als Schutzmacht der faschistischen Gewaltverbrecher betrachtet, daß sie die Nazi- und Kriegsverbrecher rehabilitieren will, um sie noch besser für ihre Revanchepolitik einzuspannen zu können. Hier offenbart sich aufs neue die Unmenschlichkeit des deutschen Imperialismus.

Es ist auch nicht uninteressant, daß die eifrigsten Verfechter der Verjährung, die Strauß und Barzel, diejenigen sind, die am lautesten nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bonner Regierung zu Israel schreien und die Fortsetzung der Waffenlieferungen an diesen militärischen Stützpunkt des Imperialismus gegen die arabischen Völker verlangen. Sie reden heuchlerisch von „Wiedergutmachung“ und liefern unter dieser Tarnkappe die Waffen für den von Israel proklamierten Präventivkrieg gegen die arabischen Staaten. Sie rehabilitieren die Mörder von Millionen Juden und unternehmen gleichzeitig alle Anstrengungen, die imperialistischen Kreise Israels zu einem Krieg zu ermuntern.

Eine Wiedergutmachung der von den Hitlerfaschisten gegenüber dem jüdischen Volk begangenen ungeheuren Verbrechen kann — soweit sie überhaupt möglich ist — nur darin bestehen, die Mörder ihrer gerechten Strafe zuzuführen und dafür zu sorgen, daß solches nie wieder in Deutschland geschehen kann. Das aber ist bis jetzt nur in der Deutschen Demokratischen Republik getan worden.

Es geht nun in verstärktem Maße weiter darum, daß die Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft und aus dem öffentlichen Leben Westdeutschlands ausgeschaltet werden; denn sie stellen eine potentielle Gefahr für die Zukunft dar. Das deutsche Volk aber will weder mit der Atombombe noch mit den Nazimördern leben.

Es liegt auf der Hand, daß eine Haltung, wie sie in den Verjährungsplänen der westdeutschen Regierung zum Ausdruck kommt, den revanchistischen Charakter der Politik dieser Regierung nur noch unterstreicht: Die ganz offen von Ministern der Bonner Regierung vorgetragenen Ansprüche auf tschechoslowakisches und polnisches Gebiet, die Behauptung, daß das von Hitler 1938 abgeschlossene Münchener Abkommen noch heute gültig sei, die Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, die man juristisch zum eigenen Staatsgebiet zählt — alles das ist ein einziger Versuch, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren und damit den 8. Mai 1945 rückgängig zu machen.

3.

Für den reaktionären, antidemokratischen und antikommunistischen Grundcharakter des westdeutschen Staates ist das vor Jahren ausgesprochene Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands charakteristisch. Damit wurde jene politische Kraft aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet, die die größten Opfer im Kampf gegen die faschistische Barbarei gebracht hat und die am konsequentesten für die innere Befreiung und Demokratisierung auch in der Bundesrepublik wirkt. Es ist bezeichnend für die westdeutsche Regierung, daß sie Kommunisten und Friedenskämpfer verfolgt und Faschisten bald wieder völlige Freiheit gewähren will.

Das Beispiel der kameradschaftlichen Zusammenarbeit von Marxisten und Christen in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern veranlaßte in letzter Zeit immer mehr christliche Persönlichkeiten, für die Aufhebung des KPD-Verbots einzutreten. Während eines Podiumsgesprächs auf einer kürzlich in Köln abgehaltenen kirchlichen Ost-West-

Begegnung berichteten Kirchenmänner aus der CSSR, der DDR und Frankreich so anschaulich von der Zusammenarbeit und dem fruchtbaren Dialog zwischen Marxisten und Christen, daß der das Gespräch leitende Präses Wilm zum Schluß nur feststellen konnte: Der Bürger der Bundesrepublik müsse bei solchen Ausführungen mit Bedauern feststellen, daß die Kommunisten in seinem Land zur Illegalität verurteilt seien. Er empfinde dies als unwürdig und allen Menschenrechten hohnsprechend.

Die Bonner Regierung aber denkt nicht daran, das KPD-Verbot aufzuheben. Im Gegenteil, ihre Absicht ist es, mit Hilfe der sogenannten Notstandsgesetze die letzten Reste bürgerlicher Demokratie noch vollends abzubauen.

4.

Die politische Hauptverantwortung für diese gefährliche Entwicklung in Westdeutschland trägt die Führung der CDU/CSU, einer Partei, deren Politik ein Hohn auf die christliche Ethik ist und mit Demokratie nichts gemein hat. Die Führung der CDU/CSU ist heute der gefährlichste politische Vertreter des Revancheverlangens und der Atomrüstungspolitik der in Westdeutschland herrschenden Kreise. Sie ist der Hauptwidersacher aller Bemühungen um Abrüstung und Friedenssicherung, um Annäherung und Verständigung in Deutschland.

Am 12. September 1950 war dem Bundestag ein Regierungsentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches vorgelegt worden. Dieser Entwurf hatte vier Hauptabschnitte, und der erste galt dem Vergehen des „Friedensverrates“. Über den Inhalt der insgesamt sechs Paragraphen des Hauptabschnittes I hieß es damals in einer Zusammenfassung der Bundesregierung:

„Diese Vorschriften gegen den Friedensverrat verbieten jede technische und ideologische Vorbereitung eines Angriffskrieges, ferner die Friedensgefährdung durch Hetze gegen andere Völker oder das Ausstreuen wissentlich falscher Behauptungen, durch Fälschung internationaler Beweismittel oder durch Neutralitätsbruch. Sie richten sich außerdem gegen das Anwerben deutscher Soldaten für fremde Nationalarmeen.“

Drei Wochen vorher, am 24. August 1950, aber hatte der Vorsitzende der CDU und Bundeskanzler Dr. Adenauer dem amerikanischen Hochkommissar die Aufstellung einer westdeutschen Wehrmacht angeboten. Er hatte davon weder das Kabinett unterrichtet noch dem Bundestag eine Mitteilung gemacht. Zehn Monate später, am 9. Juli 1951, kam der Re-

gierungsentwurf vom Rechtsausschuß in das Plenum des Bundestages zurück. Der Abschnitt über den Friedensverrat aber war spurlos verschwunden. Inzwischen waren die Weichen für die westdeutsche Wiederaufrüstung gestellt, und für den Frieden war kein Platz mehr in der Politik der CDU/CSU.

Sehr richtig hatte der damalige Justizminister Dr. Dehler in der Begründung des Strafgesetzentwurfes vor dem Bundestag gesagt:

„Das deutsche Volk hat im Rückblick auf die Verheerungen und das Unglück des letzten Krieges keinen sehnlicheren Wunsch als den nach dauerndem Frieden. Mit den Vorschriften über den Friedensverrat verläßt der Entwurf die Ebene des Staatsschutzes und ragt hinein in die große Schicksalsfrage unserer Zeit, in die bange Sorge um den Frieden der Welt.“

Adenauer hat wohl gewußt, warum er diesen Abschnitt über den Friedensverrat verschwinden ließ. War er doch selbst mit der Führung der CDU/CSU bereit, diesen Friedensverrat zu üben!

In allem, was er tut, stellt der westdeutsche Staat die Abwendung von Frieden und Freiheit und die Hinwendung zu Diktatur und Krieg dar, ja er scheut nicht davor zurück, alle Vorbereitungen für einen Atomkrieg zu treffen, den Atomtod von Millionen Menschen kaltblütig in seine Pläne einzubeziehen. Kein Wunder, daß er den 20. Jahrestag der Befreiung verleugnet.

Die beiden deutschen Staaten zeigen, welche beiden Wege in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten gegangen wurden. Die verhängnisvolle Entwicklung in Westdeutschland erhöht die Verantwortung der DDR für Frieden und Freiheit in ganz Deutschland.

III.

Der bekannte Westberliner Kirchenhistoriker Karl Kupisch hat in seinen Untersuchungen zur jüngsten Kirchengeschichte mehrfach darauf hingewiesen, daß die Kirchen in Deutschland Jahrzehnte hindurch nicht imstande waren, die weitreichende Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als einer Wende in der Geschichte der Menschheit zu begreifen. Aber auch nachdem die von bestimmten Kreisen der deutschen Bourgeoisie unterstützte grausame Herrschaft der Nazis, ihre Aggressionen, ihre blutige Unterdrückung anderer Völker, mit einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes geendet hatten, war den Kirchen insgesamt nach 1945 immer noch nicht die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Neuanfangs in Deutschland im vollen Umfang klargeworden. Da vor allem die Leitungen der protestantischen Kirchen, aber auch der katholischen Kirche, zu fest und zu lange mit den herrschenden Kreisen des Adels und des Bürgertums verbunden waren, wobei sie sich wenig um die Meinungen und Auffassungen der Masse der Gläubigen kümmerten, konnten sie sich nur schwerlich eine Welt vorstellen, in der eben das Bürgertum nicht mehr die Macht ausüben sollte.

Dies dürfte Karl Barth im Auge gehabt haben, als er kurz vor Kriegsende in einem Vortrag über „Die Deutschen und wir“ in der Schweiz im Blick auf die Aufgaben nach der Befreiung sagte:

„Wir können und müssen den Deutschen helfen, in einem neuen Deutschland von vorne anzufangen... Wir können sie darauf aufmerksam machen, daß es in ihrer eigenen Geschichte verkümmerte und unterdrückte Ansätze zu einem Aufbau ganz anderer Art gegeben hat, auf die sie jetzt zurückkommen, die sie jetzt zu Ehren bringen dürften... Wir könnten ihnen aber selbstverständlich nicht etwa helfen, das alte, das bisherige Deutschland zu rechtfertigen und zu entschuldigen und unter irgendeinem Titel neu aufzubauen. Je gründlicher es abgebaut werden wird, um so besser vor allem für sie selber. Wir können ihnen nicht helfen, sich der nun notwendigen Sühne und Wiedergutmachung und gänzlichen Neuorientierung zu entziehen. Wir könnten ihnen nicht helfen bei dem Versuch, auf die Wege zurückzukommen, die sie an den heute erreichten Punkt geführt haben.“

Der Schweizer Theologe, der lange Zeit in Deutschland gelebt und gelehrt hatte und der mit der Bekennenden Kirche eng verbunden war, fügt diesen allgemeinen Erwägungen mit Nachdruck hinzu:

„Man sollte aber gerade den deutschen Kirchen um Himmels willen nicht etwa helfen, sich in ihrem bisherigen Stil und

Geist neu aufzubauen. Gerade in aller aufrichtiger Freundschaft nicht, und zwar darum nicht, weil wir wissen, daß die Sache des alten Deutschland – und gerade die bisherigen deutschen Kirchenleitungen und auch die bisherigen deutschen theologischen Fakultäten haben in diesem alten Deutschland eine verhängnisvolle Rolle gespielt – darum verloren ist, weil sie eine durch und durch ungute Sache gewesen ist.“

In diesem Vortrag umriß Karl Barth die Aufgabe der evangelischen Kirche und der Christen angesichts der Befreiung Deutschlands am 8. Mai 1945 mit der Forderung nach einer „gänzlichen Neuorientierung“.

Zahlreiche Christen aller Konfessionen – vor allem in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone – unterstrichen die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christen in Deutschland. Sie gingen dabei von der Erkenntnis aus, daß gerade die traditionelle Bindung an die konservativen und restaurativen Kräfte die Kirchen mitschuldig gemacht hatte am Aufkommen und der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland. Wem es um die Verhinderung der Wiederholung des faschistischen Verbrechens ging, der mußte die Kirchen aus dieser Bindung lösen und aufgeschlossen machen für gesellschaftliche Wandlungsprozesse.

Wenige Monate nach Kriegsende erklärten Vertreter der evangelischen Kirchen in Stuttgart und die Fuldaer Bischofskonferenz für die katholische Kirche öffentlich ihre Mitschuld an der verhängnisvollen Entwicklung der letzten Jahre und bekannten sich damit zur Mitverantwortung für den Neuanfang in Deutschland. Diese gesellschaftliche Neuorientierung mußte die Erfahrungen berücksichtigen, die Christen in der Gemeinsamkeit mit Männern aus der Arbeiterbewegung in den faschistischen Gefängnissen, in der Emigration im Widerstand gegen den Faschismus und besonders im Nationalkomitee Freies Deutschland gemacht hatten.

Im Jahre 1947 verabschiedete der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche in Darmstadt ein Wort zum politischen Weg unseres Volkes, das für die gesellschaftliche Neuorientierung der evangelischen Christen in Deutschland von großer Bedeutung ist. Es half zahlreichen evangelischen Christen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, politische Verantwortung bei der Neugestaltung der Gesellschaftsordnung wahrzunehmen und auf diese Weise die unheilvolle Vergangenheit zu bewältigen.

Innerhalb der Kirchen in den Westzonen sind diese Ansätze zur Neubewinnung nicht zum Tragen gekommen. Allzuleicht ließen sich die kirchlichen Institutionen – entgegen dem Wider-

stand solcher Männer wie zum Beispiel Niemöller, Wilm und I wand — in den Trend zur gesellschaftlichen Restauration hineinreißen, der die westdeutsche Entwicklung schon bald wieder bestimmte. Am Ende dieses Weges stand nicht Neuorientierung und Befreiung aus den alten, verhängnisvollen Bindungen an die herrschenden gesellschaftlichen Mächte, sondern eine Neuauflage des Bündnisses von Thron und Altar in der Verbindung von Bonn und Altar, die Hinwendung zu den alten Verderbern Deutschlands.

Während es die Bonner Machthaber verstanden, den christlichen Glauben und kirchliche Institutionen mehr und mehr für ihre friedensgefährdende Politik zu mißbrauchen, wie das im Abschluß des Militärseelsorgevertrages 1957 in besonderer Weise sichtbar wurde, entwickelte sich in der DDR eine umfassende Auseinandersetzung mit den Einflüssen jener kirchlichen Kreise in Westdeutschland, die sich vertraglich mit der NATO verbunden hatten. Diese Auseinandersetzungen konnten um so wirksamer geführt werden, als die Kirchen in der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit erhielten, sich aus den alten Bindungen zu lösen und im Prozeß der gesellschaftlichen Neuorientierung ihre eigene Verantwortung wahrzunehmen.

Auf dem Weg einer solchen Neuorientierung haben Christen in der DDR Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt, die nicht nur das Leben ihrer eigenen Gemeinden nachhaltig befruchteten, sondern die bald auch auf die westdeutschen Kirchen ausstrahlten und eine Hilfe für die friedliebenden Christen in Westdeutschland darstellten. Wegweisende Gedanken unseres verehrten Freundes Emil Fuchs, der von den religiösen Sozialisten herkommt, fanden tausendfaches Echo. Jene These, die für die kirchliche Standortbestimmung nach 1945 am hilfreichsten gewesen ist, die These vom „Ende des Konstantinischen Zeitalters“, wurde zuerst von einem führenden Mann der Kirche aus der Deutschen Demokratischen Republik, von dem jetzigen Verwalter im Bischofsamt D. Günter Jacob, auf der Außerordentlichen Synode der EKD im Jahre 1956 in die Debatte geworfen. Ein weiterer Begriff, der sich zur Beschreibung der christlichen Existenz in unserer Zeit als äußerst fruchtbar erwiesen hat, der Begriff der „Proexistenz“, wurde ebenfalls von einem führenden Theologen der DDR, dem leider im vorigen Jahr verstorbenen Vizepräsidenten der Christlichen Friedenskonferenz, Werner Schmauch, geprägt.

Einen Höhepunkt erreichte dieser Prozeß der gesellschaftlichen Neuorientierung, der immer gleichzeitig ein Kampf gegen die Bevormundung durch die westdeutschen, mit der NATO verbundenen Kirchenleitungen war, im Kommuniqué

über die Verhandlungen, die Vertreter der evangelischen Landeskirchen in der DDR mit Vertretern unserer Regierung geführt hatten. Am Zustandekommen dieser Gemeinsamen Erklärung vom 21. Juli 1958, die nicht nur eine ausdrückliche Distanzierung vom Militärseelsorgevertrag, sondern auch die Feststellung enthält, daß die Kirchen mit den ihnen gegebenen Mitteln die Friedenspolitik unserer Regierung unterstützen und den Aufbau des Sozialismus respektieren, hatte der rangälteste Bischof in der DDR, D. Moritz Mitzenheim, hervorragenden Anteil. Der thüringische Landesbischof, der sich große Verdienste bei der Entwicklung und Festigung der Gemeinsamkeit aller humanistischen Kräfte in unserer Republik erworben hat, ist auch in der Realisierung dieser Aussagen des Kommuniqués vorbildlich gewesen, wie vor allem sein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, am 18. August 1964 auf der Wartburg beweist.

Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung in den Leitungen der katholischen Kirche sind noch kaum zu beobachten. Hier wirkte und wirkt einer Neuorientierung der Einfluß westdeutscher restaurativer Kreise in noch stärkerem Maße entgegen. Die katholischen Bürger in unserer Republik bestätigen jedoch durch ihre vielseitige Arbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, was Papst Johannes XXIII. meinte, als er in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ davon sprach, daß die Katholiken bereit sein sollten, in ehrlicher Zusammenarbeit überall dort mitzuwirken, wo es um etwas geht, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten führen kann. Davon war auch die Konferenz katholischer Persönlichkeiten im November 1964 in Berlin erfüllt. Wir halten es für gut, wenn diese Erfahrungen auch in den leitenden Kreisen der katholischen Kirche beachtet und verarbeitet würden. Das liegt zweifellos — wie zahlreiche Aussagen auf dem Konzil deutlich gemacht haben — im Interesse der katholischen Kirche, die nur dort glaubwürdig bleibt, wo sie für Frieden und Gerechtigkeit eintritt.

In der sozialistischen Gesellschaft wird der christliche Glaube nicht zur Begründung politischer Entscheidungen herangezogen. Weil in dieser Gesellschaft die Trennung von Staat und Kirche konsequent verwirklicht ist, gibt es für die Kirche keine Bindungen, die eine Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten darstellen könnten. In der Klassengesellschaft aber sind die Kirchen in ihrem Auftrag bedroht, weil sie sich der Versuchung zur Teilnahme an der Macht, an der Herrschaft, um den Preis der religiösen Verbrämung dieser Macht gegenübersehen. Das ist zu allen Zeiten eine Versuchung für die Kirche gewesen, und allzu oft ist sie dieser Versuchung erlegen.

Dem Christen eröffnen sich im Sozialismus wie nie zuvor Möglichkeiten; seine Anliegen, die Gebote der Friedensliebe und der Nächstenliebe, in einer umfassenden Weise zu verwirklichen. Er ist zur verantwortlichen Teilnahme an der Lösung der Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens aufgerufen und dient in gemeinsamer Arbeit mit dem Marxisten dem Wohle des ganzen Volkes.

Bei der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten an der Lösung der Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens geht es nicht um einen weltanschaulichen Synkretismus. Genau aus diesem Grunde ist es unmöglich, die sozialistische Gesellschaftsordnung mit dem Reich Gottes, mit einem „Paradies auf Erden“ gleichzusetzen. Der Sozialismus unternimmt es, die großen gesellschaftlichen und technischen Probleme, vor denen der Kapitalismus versagte, in einer Weise zu lösen, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Aber natürlich bringt der Sozialismus nicht die „Erlösung“ des Menschen im theologischen Sinne. Der neue, sozialistische Mensch, von dem in unserer Öffentlichkeit immer wieder gesprochen wird, ist ein Mensch, der die in der Zeit des kapitalistischen Gegeneinander angenommenen Verhaltensweisen überwindet und zu einer neuen, größeren Offenheit und Verantwortlichkeit seinem Mitmenschen und der Gesellschaft gegenüber kommt. Es ist nicht der „neue Adam“, von dem das Neue Testament spricht, sondern es ist der von den Wolfsgesetzen des Kapitalismus befreite Mensch, der sein Menschsein in der Verantwortung gegenüber dem Nächsten und der Gesellschaft praktiziert.

Natürlich kann man in jeder Gesellschaft als Christ leben. Der christliche Glaube ist an kein bestimmtes Gesellschaftssystem gebunden. Im Sozialismus aber hat die christliche Existenz eine ganz andere Gestalt als im Kapitalismus. Es ist kein Zufall, daß es mit dem Aufkommen des Kapitalismus in Deutschland zu einer „Privatisierung“ der christlichen Existenz gekommen ist. Weil viele Christen die Unvereinbarkeit der Bergpredigt mit der imperialistischen Kriegs- und Eroberungspolitik und mit der auf das Gegeneinander aufgebauten kapitalistischen Wirtschaftsstruktur feststellen mußten, beschränkten sie die Gültigkeit des Gebotes der Friedens- und Nächstenliebe auf den privaten Bereich. Damit verfälschten sie es im Grunde. Demgegenüber hat der Christ in der sozialistischen Gesellschaft die Freiheit, sich nicht nur im privaten Bereich, sondern vor allem auch an den gesellschaftlichen Aufgaben zu bewähren.

Die gültige Antwort auf die geschichtliche Herausforderung, die der Sozialismus für den Christen bedeutet, gaben

Hunderttausende christlicher Bürger durch ihre vorbildliche Mitarbeit auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens beim Aufbau des Sozialismus. Ihre treue Pflichterfüllung, ihr schöpferisches Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren Seite an Seite mit den marxistischen Freunden hat die Voraussetzung für jenes historische Gespräch vom 9. Februar 1961 zwischen einer Theologengruppe unter Leitung von Prof. D. Emil Fuchs und dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, geschaffen. Emil Fuchs schreibt im Vorwort zu seinem Buch „Die Christenheit am Scheidewege“ über jene Begegnung:

„Wir hoben damit einen Vorgang ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, der sich seit 1945 in der Stille in immer mehr Menschen unseres Staates abspielte. Immer mehr Menschen erkannten und erkennen die geschichtliche Notwendigkeit der bei uns sich vollziehenden Entwicklung der Gesellschaft. Sie werden frei von überkommenen Bindungen und Vorstellungen und sind überzeugt, daß auch vom christlichen Glauben her diese Entwicklung bejaht werden muß.“

Es war vor allem die Christlich-Demokratische Union, die der Mehrzahl dieser Christen den Weg zu gesellschaftlicher Bewährung in der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften innerhalb der großen Volksbewegung der Nationalen Front zeigte. Und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hat in seiner Rede auf der Tagung des Nationalrates am 15. Februar 1965 ausgeführt:

„Nicht nur wir Marxisten-Leninisten haben Einfluß geübt auf die Entwicklung der Nationalen Front und auf die Entwicklung des demokratischen Lebens, sondern auch unsere Freunde in den Blockparteien haben einen gewissen Einfluß auf uns ausgeübt. Ich bestreite das gar nicht ... In der Zusammenarbeit in der Nationalen Front haben wir den gemeinsamen Weg gefunden.“

Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn wir den Weg der Befreiung unseres Volkes von Faschismus und Krieg, von Not und Unterdrückung nicht konsequent bis in die Gegenwart gegangen wären. Indem wir diesen Weg in der großen Gemeinschaft aller Gutgesinnten kühn und mutig weiterstreiten und den Aufbau des Sozialismus in unserer Republik vollenden, ehren wir am besten alle die, die für unsere und unserer Kinder Befreiung ihr Leben gelassen haben. In dem „Aufruf zum 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“, den der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Februar verabschiedete, heißt es:

„Wer von uns Rechenschaft fordert, dem können wir mit offenem Blick begegnen. Wir haben das unsere getan, wir haben

die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Friedensstaat, den ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte geschaffen. Wir haben ihn stark und fest gemacht in harter Arbeit. Dieser Staat ist unsere gute Heimat, ist unser liebes Vaterland geworden. Ihm gehört die Zukunft, für die am 8. Mai 1945 der Weg frei gemacht wurde.“

In der Entschließung unseres 11. Parteitages haben wir festgestellt, daß wir christlichen Demokraten — wie alle anderen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik — tausendfältig bestätigt gefunden haben, daß diese Republik unsere Republik, daß ihr Weg unser Weg ist. Wir haben ihre Politik mitgetragen, mitgestaltet und mitverantwortet. Die Erfolge bei der Entwicklung und Festigung unserer Republik, die heute zur bestimmenden Kraft in Deutschland geworden ist, sind unser aller Erfolge.

Wir können sagen: Wir sind dem Gesetz, wonach wir 1945 angetreten sind, treu geblieben. Im Gegensatz zu der Führung der westdeutschen CDU/CSU haben wir den Beweis für die Richtigkeit und Ehrlichkeit unseres christlichen und demokratischen Wollens erbracht. Durch unsere Arbeit haben wir den Nachweis geführt, daß christlicher Wille zum Fortschritt, christliche Bereitschaft zum Friedensdienst zu den bestimmten Elementen der christlichen Existenz in unseren Tagen gemacht werden müssen und daß diese christliche Existenz sich schöpferisch heute im Zeichen der sozialistischen Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse erfüllt. Wir sind der schon in unserem Gründungsauftrag vorgezeichneten Linie des selbstlosen Dienstes an unserem Nächsten und an unserem Volk treu geblieben. Wir haben uns in die umfassende Nationale Front des demokratischen Deutschland unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse eingereiht und werden nie bereit sein, die Zusammenarbeit mit allen anderen demokratischen Kräften unseres Volkes aufzugeben.

Am 8. Mai 1965 werden wir das dritte Jahrzehnt nach der Befreiung vom Faschismus beginnen. Die Erfolge, die wir in den vergangenen zwanzig Jahren nicht nur für uns, sondern zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes errungen haben, erfüllen uns mit Optimismus für die Zukunft. Sie sind uns Ansporn, unsere Anstrengungen zur weiteren Stärkung und Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik und zu ihrer Entwicklung zum sozialistischen Volksstaat zu mehren. Damit fördern wir unseren Wohlstand, erhöhen wir das Ansehen unserer Republik, sichern wir den Frieden in Europa und bahnen wir den Weg für die friedliche Lösung der deutschen Frage.

Dazu wollen wir christlichen Demokraten mit allen unseren Kräften beitragen und durch unsere Arbeit der gesamten christlichen Bevölkerung und auch den für Frieden und Fortschritt kämpfenden Christen in Westdeutschland beweisen, in welcher Weise sich christliche Mitarbeit an der Lösung der nationalen und sozialen Probleme unseres Volkes bewähren muß.

- Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:
- 18 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 37 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 38 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz-Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN

